

Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 11.03.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:42 Uhr
Raum, Ort: Verw.Geb. Mozartstraße Raum 207, Mozartstraße 2-10, Aachen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Hilde Scheidt	anwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Peter Tillmanns	anwesend
Karin Schmitt-Promny	anwesend
Tobias Benedikt Tillmann	anwesend
Nadine van der Meulen	anwesend
Karl Simons	anwesend
Jonas Török	anwesend
Margret Vallot	anwesend
Roswitha Frenzel	anwesend
Hans-Jürgen Bengner	anwesend
Eva Maria Birkenbusch	anwesend
Luisa Hoffmann	anwesend
Horst Kreuz	anwesend
Benno Pauls	anwesend
Gisa Haring	anwesend
Julia Rejf	anwesend ab 17:15 Uhr
Carsten Brehm	anwesend
Udo Breuer	anwesend
Marc Laschet	Vertretung für: Astrid Brokmann
Heinrich Brötz	anwesend
Patrick Lehnen	Vertretung für: Mara Mendes
Tobias Grundmann	anwesend

Mitarbeiter der Verwaltung

Name	Bemerkung
Andre Kaldenbach	anwesend

Schriftführung

Name	Bemerkung
Melanie Olbertz	anwesend

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Lukas Krott	entschuldigt
Kriminalhauptkommissar Peter Arz	entschuldigt
Suzanne Brantin	entschuldigt
Astrid Brokmann	entschuldigt
David Janecek	entschuldigt
Mara Mendes	entschuldigt
Dr. Robert Neugröschel	entschuldigt
Bernd Schwarze	entschuldigt
Thomas Weinen	entschuldigt
Dr. Simone Köster	entschuldigt

Gäste:

Sigrid Ophoff (AG Behindertenhilfe)
Benedikt Dolzer (Bürger*innenrat)
Jacqueline Hörning (Bürger*innenrat)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2025	
3	Bürger*innenrats-Gutachten 2024: Vorstellung der Ergebnisse im Kinder- und Jugendausschuss Ergänzend wird mündlich berichtet.	FB 45/0666/WP18
4	Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung in der Stadt Aachen für das KiTa-Jahr 2025/2026 Ergänzend wird mündlich berichtet.	FB 45/0652/WP18
5	Kita Preusweg 158 – Trägeranteilübernahme für die 3. Gruppe	FB 45/0665/WP18
6	Eingangsbereich der städtischen KiTa Passstraße 123 (Farwickpark), Antrag der Fraktion FDP vom 18.11.2024	FB 45/0668/WP18
7	§ 48 KiBiz Zuschuss zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten für die KiTa Hander Weg 97 (dreieins Innovative Pädagogik gGmbH), KiTa Schillerstraße 85 (Spielburg e. V.), KiTa Kaubendenstraße 18 (educare Bildungskindertagesstätten gGmbH)	FB 45/0667/WP18
8	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Scheidt eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie begrüßt Frau Konrath vom Verein für Familiäre Tagesbetreuung e.V. im Gästebereich und informiert über den bevorstehenden Ruhestand von Frau Konrath. Daher dankt sie ihr für die geleistete Arbeit, insbesondere für Kinder und Familien.

Weiterhin sei dies heute auch die letzte Sitzung von Herrn Breuer (Vertreter des Bistums für die katholische Jugendarbeit). Auch ihm dankt sie für die gute und konstruktive Arbeit im Ausschuss.

Sie wünscht beiden für die Zukunft alles Gute.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2025 geändert beschlossen

Frau Vallot weist auf eine von ihr protokollierte Aussage zum TOP Ö 4 „Sachstandsbericht zur Situation der Kindertagespflege in Aachen“ der Sitzung vom 04.02.2025 hin. In der Niederschrift sei festgehalten, dass sie in der Verwaltungsvorlage den Verweis auf die IG Kindertagespflege vermisst habe.

Dies habe sie so nicht zum Ausdruck bringen wollen. Die IG sei in der Vorlage durchaus erwähnt worden. Allerdings wünsche sie sich, dass am Berufsfeld interessierte Personen vom Verein für Familiäre Tagesbetreuung darüber informiert werden würden, dass die IG Kindertagespflege existiere und dass eine Vernetzung stattfinden würde.

Beschluss:

Die Niederschrift wird mit den vorgetragenen Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Gegenstimmen, 1 Enthaltung

Zu 3 Bürger*innenrats-Gutachten 2024: Vorstellung der Ergebnisse im Kinder- und Jugendausschuss zur Kenntnis genommen FB 45/0666/WP18

Frau Scheidt begrüßt Frau Hörning und Herrn Dolzer vom Bürger*innenrat der Stadt Aachen, welche die wesentlichen Ergebnisse und die zehn Handlungsempfehlungen anhand einer Power-Point-Präsentation vorstellen (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem).

Frau Scheidt dankt den beiden für ihre Ausführungen. Die vorgestellte Arbeit belege, dass sich die Einrichtung des Bürger*innenrat gelohnt habe. Sie selbst habe zusammen mit Herrn Kaldenbach an einem der Wochenenden an einer Sitzung teilnehmen dürfen, es sei eine sehr spannende Erfahrung gewesen. Die Empfehlungen seien von hoher Qualität und professionell erarbeitet worden. Es handele sich um gute Denkanstöße für Verwaltung und Politik, die oftmals beeinflusst würden durch vorgegebene Rahmenbedingungen und vorhandene Res-

sourcen.

Frau Hörning bestätigt, dass sich der Bürger*innenrat bewusst gewesen sei, dass Verwaltung und Politik klaren Richtlinien unterworfen seien. Dennoch sei es gut und wichtig, dass es überhaupt die Möglichkeit zur Einbringung solcher Vorschläge gebe. Der Bürger*innenrat sei vielfältig aufgestellt gewesen, es seien Menschen verschiedener Alters-, Bildungs- und Berufsgruppen zusammengekommen. Die Empfehlungen hätten Themen aufgegriffen, von denen der Bürger*innenrat der Meinung gewesen sei, dass diese umsetzbar sein könnten. Es sei die Intention verfolgt worden, das Leben von Familien mit Kindern in Aachen attraktiver zu gestalten.

Frau Schmit-Promny bedankt sich für das Engagement des Bürger*innenrates und bei den Vortragenden ausdrücklich für die gute Aufbereitung der Ergebnisse. Sie hebt positiv hervor, dass die Überlegungen des Bürger*innenrates in weiten Teilen deckungsgleich seien mit denen von Verwaltung und Politik. Bezugnehmend auf die vorgetragene Empfehlung greift sie zwei Aspekte auf: Zum einen regt sie hinsichtlich des Projektes „Sozial Aktiv“ an, eine Verknüpfung mit bestehenden Angeboten herzustellen. Es gebe bereits viele Ansätze in der Stadt, die dasselbe Ziel verfolgen würden. Ihrer Ansicht nach sei diese Art von Arbeit mit Kindern in Bildungseinrichtungen ein wesentlicher Baustein zur Demokratieförderung. Zur Empfehlung der Realisierung eines Themenspielplatzes in der Innenstadt weist sie darauf hin, dass es bereits Spielplatzangebote in der Innenstadt gebe, wie beispielsweise am Lindenplatz, am Annuntiatenbach oder den mobilen Containern in der Großkölnstraße. Hier sehe sie die Herausforderung, das Wissen über vorhandene Angebote in der Stadt breiter zu streuen. Wenn diese Angebote trotz der Informationen über die Internetkanäle der Stadt Aachen und in den Tageszeitungen nicht bekannt seien, sei eine bessere Werbung erforderlich. Gegebenenfalls könnten Institutionen eingebunden werden.

Herr Lehnen erkundigt sich unter Bezugnahme auf die Empfehlung zur Einrichtung eines zentralen Jugendkulturzentrums danach, warum trotz des Bedarfs die Angebote im Jugendkulturcafé Philipp-Neri-Haus und im Lust for Life nicht fortgeführt worden seien.

Frau Scheidt bestätigt zunächst, dass der Bedarf durchaus vorhanden sei. Die beiden angesprochenen Angebote hätten allerdings nicht fortgeführt werden können. Im Jugendkulturcafé Pinu'u habe sich vieles aufgelöst und die Aufrechterhaltung sei letztlich nicht möglich gewesen. Das Horten-Gebäude des ehemaligen Lust for Life werde demnächst umgebaut, insofern sei das Angebot nur temporär gewesen. Sie hege aber die Hoffnung, dass das geplante „Haus der Neugier“ die Bedarfe der Jugendlichen nach einem zentralen Ort ebenfalls mit abdecken könne.

Frau van der Meulen begrüße die vorgestellten Empfehlungen ebenfalls. Es sei wunderbar, welche Synergien aus den Ideen der Bevölkerung entstehen könnten. Sie erkundigt sich danach, ob junge Menschen bei der Planung des Hauses der Neugier einbezogen werden könnten. Sowohl das Kinder- als auch das Bürgerforum würden dieses Jahr noch tagen, hieraus könnten noch Anregungen gewonnen werden. Es dürfe nicht vergessen werden, junge Menschen abzuholen, dies müsse jedoch gegebenenfalls auch online erfolgen. Es gebe ein gutes Projekt mit Kindern und Jugendlichen in Gut Kullen zum Thema Digitalisierung. In jedem Fall halte sie es für wichtig, dass die beteiligten Personen sehen, dass ihre Vorschläge Gehör finden und nicht in einer Schublade landen würden. Die Verwaltung agiere mit einem hohen Engagement. Sie wünsche sich eine zeitnahe Umsetzung der Aspekte, die realistisch seien.

Herr Tillmanns bedankt sich ebenfalls für das Engagement und lobt in dem Zusammenhang die Veranstaltung des Bürger*innenrates im alten Kurhaus. Auch wenn Verwaltung und Politik bestimmte Rahmenbedingungen berücksichtigen und eingebrachte Vorschläge letztlich abgewogen werden müssten, würden diese Vorschläge den Horizont durchaus erweitern. Gleichzeitig sei die Intention des Bürger*innenrates, einen Input zu geben und die Empfehlungen – sollte eine Umsetzung für Verwaltung und Politik nicht möglich sein – an andere Träger oder Verbände weiterzureichen.

Bezugnehmend auf die Wortmeldung von Frau Schmitt-Promny bekräftigt er die Herausforderung, bestehende Angebote und Informationen für die Bevölkerung gut sichtbar zu machen. Insbesondere die Zielgruppe der jungen Menschen lese seiner Wahrnehmung nach kaum noch die Zeitung. Er empfiehlt daher, die Kommunikationswege gut im Blick zu behalten und nach Möglichkeit zu verbessern.

Herr Dolzer bestätigt, dass Printmedien einen eher nachrangigen Einfluss auf junge Menschen hätten. Es gebe

eine Vielzahl junger Menschen, die sich allein im virtuellen Raum bewegen würde. Insbesondere für die Verbreitung von Informationen in den sozialen Medien sei ein Influencer gut geeignet.

Herr Tillmann schließt sich dem Dank an die Vortragenden an. Seiner Ansicht nach werde durch einige der Vorschläge ein Schnittstellenproblem offenbart. Dieses Schnittstellenproblem zwischen Verwaltung, Politik und Bevölkerung habe unter anderem auch zur Einrichtung des Bürger*innenrates geführt. Dies stimme ihn nachdenklich. Er hätte dieses Problem eher auf anderen politischen Ebenen vermutet, nicht aber auf kommunaler Ebene. Denn letztlich handele es sich bei den Vertretungen der kommunalen Fraktionen ebenfalls um ehrenamtlich tätige Personen. Er könne sich selbst aber auch nicht in Gänze von den symbolischen Scheuklappen aufgrund der bestehenden Rahmenbedingungen freisprechen.

Die eingebrachten Vorschläge zur Entwicklung einer kinder- und familienfreundlichen Innenstadt würden die bisherigen Projekte und Ideen unterstützen. Gleichzeitig würden sie aber auch die noch bestehenden Bedarfe und Herausforderungen aufzeigen. Er gehe nicht davon aus, dass es gelingen werde, einen einzelnen zentralen Ort für beispielsweise ein Jugendzentrum zu finden und möglicherweise sei dies auch nicht der richtige Ansatz. Gegebenenfalls sei es zielführender, das Angebot dezentral in der Innenstadt zu verteilen. Hier könnten die Erfahrungen aus dem konsumfreien Raum im Horten-Haus genutzt werden. Zur Fortführung dieses Angebotes seien auch erstmalig Mittel in den städtischen Haushalt eingestellt worden. Das geplante Haus der Neugier solle zu einem zentralen Ort für eine Vielzahl von Menschen, darunter auch Kinder und Jugendliche, werden.

Herr Kreutz misst dem Bürger*innenrat insbesondere in der heutigen Zeit einen hohen Stellenwert bei. Er beobachte die derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklungen mit Sorge. Auch die Kinder- und Jugendhilfe Brand befasse sich mit der Frage, wie Menschen über bestimmte Themen gut informiert werden könnten.

Frau Schmitt-Promny weist darauf hin, dass die Nutzung sozialer Medien Fluch und Segen zugleich sei. Bei allen damit einhergehenden Vorteilen und Möglichkeiten, habe sie dennoch Bedenken mit Blick auf das Heranwachsen von Kindern. Kinder müssten hier gut begleitet und geschützt werden. Sie lobt die mehrteilige Mediensucht-Serie von der Autorin Frau Schweda in der Aachener Zeitung, welche sich gezielt mit der Fragestellung befasst habe, wie Eltern ihre Kinder in der Mediennutzung begleiten könnten und welche Unterstützungsangebote es hierzu gebe.

Frau Scheidt dankt Frau Hörning und Herrn Dolzer für die Teilnahme an der Sitzung.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Anlage 1 vorstellung-kja

Zu 4 Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung in der Stadt Aachen für das KiTa-Jahr 2025/2026 ungeändert beschlossen FB 45/0652/WP18

Frau Olbertz weist zunächst auf zwei Aspekte in der als Anlage zur Vorlage beigefügten Bedarfsplanung hin. Zum einen sei im Kapitel 6 auf Seite 35 des Plans irrtümlich angegeben, dass die mit der Bedarfsplanung verbundenen haushalterischen Auswirkungen nach bewährtem Verfahren für den Haushalt 2024 ff kalkuliert worden seien. Richtigerweise müsse es allerdings „für den Haushalt **2025** ff“ heißen.

Zum anderen befinde sich im Plan noch die Übersicht für die plusKITas aus der vorherigen Bedarfsplanung 2024/2025 (Anlage 4 zum Bedarfsplan). Der KJA habe allerdings in seiner Sitzung am 06.02.2024 neue Förderkriterien und damit einhergehend neue Einrichtungen als plusKITas beschlossen. Die aktualisierte Übersicht sei zu Beginn der Sitzung ausgelegt worden und werde als Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem hochgeladen.

Weitere Auswirkungen – beispielsweise auf nachfolgende Prüfungen und Berechnungen – hätten sich nicht ergeben. In der Planung selbst seien die korrekten Einrichtungen als plusKITas gekennzeichnet gewesen.

Sodann stellt Frau Olbertz die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse der Bedarfsplanung mit einer Powerpoint-Präsentation (s. Anlage zur Niederschrift im Ratsinformationssystem) vor.

Herr Tillmann dankt Frau Olbertz für die Ausführungen und die umfassende Arbeit. Die Ergebnisse würden – wie schon in den letzten Jahren – ein gemischtes Bild zeigen. Auf der einen Seite könne eine Steigerung der Versorgungsquoten verzeichnet werden. Auf der anderen Seite bestünden altbekannte Herausforderungen weiter fort, die das gesamte System Kindertagesbetreuung nach wie vor belasten würden. Ebenso bestünden zum Teil größere Unterschiede in der Versorgungssituation der vierzehn Sozialräume. Er lobt die neue Berechnungsmethodik zur Ermittlung der sozialräumlichen Versorgungsquoten. Das Absinken der Kinderzahlen mache ihn allerdings ratlos in Verbindung damit, dass seines Wissens nach gesamtstädtisch eine wachsende Bevölkerung in Aachen verzeichnet werde. Es müsse die Frage gestellt werden, ob damit eine sinkende Attraktivität der Stadt Aachen für Familien mit Kindern einhergehe und wie dem begegnet werden könne. Dies sei auch für die Politik interessant und wichtig. Daher müsse versucht werden, mögliche Gründe für die Entwicklung zu finden.

Herr Lehnen schließt sich dem Dank an. Er habe das Planwerk mit Spannung gelesen. Auch wenn die Planung zukunftsgerichtet sei, erkundigt er sich danach, ob nach Beendigung eines KiTa-Jahres auch eine retrospektive Prüfung dahingehend erfolge, ob die getroffenen Prognosen zutreffen hätten – beispielsweise in Form eines Abgleichs der Planzahlen mit den tatsächlichen Plätzen und Belegungen.

Frau Pautsch bestätigt dies. Nach Ende eines KiTa-Jahres erfolge eine Auswertung, wie die einzelnen KiTas ausgelastet gewesen, d.h. wie viele Plätze tatsächlich belegt worden seien. Diese Auswertung werde zusätzlich unterjährig nach einem halben KiTa-Jahr getätigt, um bereits frühzeitig mit den KiTas zu klären, warum entweder noch Plätze frei wären oder die Einrichtung überbelegt sei. Hier könne gegebenenfalls noch im Laufe des KiTa-Jahres nachgesteuert werden. Gleichzeitig handele es sich bei der Bedarfsplanung letztlich auch um ein Instrument zur Sicherung der Landesmittel und -zuschüsse, die mit der Meldung zum 15.03. generiert werden könnten.

Frau Schmitt-Promny bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen. Ihrer Ansicht nach böten die Planzahlen einen guten Rahmen. Gut aufgestellte Sozialräume könnten möglicherweise bestehende Bedarfe anderer Sozialräume mit auffangen, sofern dort über die vorhandenen Kapazitäten hinaus noch ein Bedarf bestünde. Als Beispiele benennt sie hier Richterich und Laurensberg. Auch wenn die derzeitige Entwicklung im Blick behalten werden müsse, bedeute ein Rückgang der Kinderzahlen auch die Chance, bei gleichbleibendem Personal einen verbesserten Betreuungsschlüssel gewährleisten zu können. Sie verweist auf das eingeplante Platzangebot für Kinder mit Förderbedarf. Für diese Plätze würden zum einen die 3,5fache KiBiz-Pauschale und zum anderen die Basisleistung I gezahlt. Sie erkundigt sich danach, wie diese Plätze im Rahmen der KiTa-Bedarfsplanung berücksichtigt würden. Sie fragt sich, ob darüber auch für Kinder mit Förderbedarf, bei denen der Bedarf kurzfristig oder im Laufe des KiTa-Jahres festgestellt würde, die entsprechenden Mittel und Ressourcen bereitgestellt werden könnten.

Herr Kaldenbach bestätigt, dass es in der Tat problematisch sei, kindbezogene Förderungen als Grundlage für eine strukturelle, einrichtungsbezogene Förderung zu implementieren. Gleichzeitig seien derartige Förderungen nicht Bestandteil der Bedarfsplanung. Die Mittel der Basisleistung I für das Kind würden mit Bewilligung des Antrages als kindbezogene Leistung ausgezahlt, die 3,5fache Pauschale für die Einrichtung erfolge ebenfalls nach Anerkennung des Förderbedarfs.

In die Bedarfsplanung aufgenommen würden sowohl die Bestandskinder mit Förderbedarf als auch die Kinder, bei denen entweder bereits ein Antrag gestellt worden sei oder eine hohe Wahrscheinlichkeit bestehe, dass die Eltern einen Antrag stellen würden. Bei Kindern, bei denen sich über die Planzahlen hinaus, im laufenden Jahr, ein Förderbedarf ergebe, würden die finanziellen Leistungen zwar, wie bereits ausgeführt, entsprechend auch bei unterjähriger Bewilligung gezahlt. Die Herausforderung bestünde in diesen Fällen allerdings darin, kurzfristig und unterjährig das benötigte Personal zu finden.

Herr Tillmanns merkt an, dass sich die Versorgungsquoten zwar verbessert hätten, dies aber vorrangig infolge gesunkener Kinderzahlen. Dies sei positiv zu bewerten, löse allerdings nicht die bestehenden, weiteren Herausforderungen im KiTa-Bereich wie dem Fachkräftemangel. Er erkundigt sich danach, ob es bereits Prognosen für die weitere Entwicklung gebe. Möglicherweise sei es sinnvoll, frühzeitig in Überlegungen oder Gespräche zu führen, um einer drohenden Überversorgung entgegen zu wirken.

Herr Brötz erläutert, dass sich die Stadt Aachen dazu entschieden habe, eine kleinräumige Bevölkerungsprognose zu erstellen. Diese Prognose sei sowohl für den KiTa- als auch für den Schulbereich sehr wichtig. Die Verwaltung befasse sich derzeit mit den gelieferten Zahlen. Er gehe davon aus, die Politik im Laufe des Jahres über die Ergebnisse zu informieren. Nach ersten Sichtungen könnten zumindest die Aussagen bestätigt werden, dass die Zuwanderungen nach Aachen zurückgegangen, aber auch die Geburtenzahlen zuletzt rückläufig gewesen seien.

Frau Scheidt bekräftigt, dass es wichtig sei, sich mit der Frage zu befassen, wie Städte und insbesondere Aachen für Familien attraktiver gestaltet werden könnten.

Herr Kreutz bestätigt, dass auch die Träger der freien Jugendhilfe die Entwicklung der Kinderzahlen im Blick behalten würden und müssten. Die Träger hätten ebenso wie der kommunale Träger eine Verantwortung für die von ihnen betriebenen KiTas, für das Personal und die Räumlichkeiten. In anderen Kommunen habe es bereits Gruppenschließungen gegeben, da es nicht genügend Kinder geben würde.

Frau Schmitt-Promny merkt an, dass sie die Relevanz der Entwicklung für die weitere Planung nachvollziehen könne. Gleichzeitig mahnt sie, nicht zu schnell in Richtung Schließungen oder Leerständen zu denken, sondern vielmehr in Optionen, wie die KiTa bei einer rückläufigen Platznachfrage alternativ genutzt werden könne. Beispielsweise könne sich die KiTa – wie das auch bei Familienzentren mitgedacht sei – zum Sozialraum hin öffnen und neue Angebote schaffen.

Herr Kaldenbach weist darauf hin, das Thema sorgsam zu betrachten. Die Prognosen müssten umfassend geprüft werden mit Blick auf die Frage, welche Auswirkungen sich hieraus ergeben könnten. In den letzten Jahren habe es im Betreuungsplatzausbau und insgesamt im KiTa-Bereich einen hohen Ausbaudruck gegeben, was auch zu grenzwertigen Raumsituationen geführt habe. Sofern dies denkbar und umsetzbar sei, könnten die Entwicklungen auch räumliche Entzerrungen oder konzeptionelle Anpassungen in den Bestandskitas ermöglichen.

Frau van der Meulen bekräftigt die Überlegungen von Herrn Kaldenbach bezüglich möglicher Entzerrungen. In der gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung am 14.05.2024 habe es einen Vortrag von Prof. Dr. Siniatchkin zu den Kooperationen der Jugendhilfe und der Kinder- und Jugendpsychiatrie gegeben. Er habe erläutert, dass die Störungsbilder immer vielfältiger würden und dass auch vermehrt jüngere Kinder betroffen seien. Darüber hinaus bemängelte sie, dass die bewilligten Fördersummen des Landschaftsverbands Rheinland (LVR) nicht in jedem Fall auskömmlich seien. Auch dies gelte es im Blick zu behalten.

Herr Lehnen betont abschließend, dass es nun nicht zu einem Ende des Betreuungsplatzausbau kommen dürfe, auch wenn sich die Versorgungsquoten deutlich gebessert hätten. Dies wird von der Verwaltung geteilt.

Beschluss:

Der **Kinder- und Jugendausschuss** empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen,

1. die vorgelegte Bedarfsplanung für die Kindertagesbetreuung 2025/2026 und das damit verbundene Platzangebot für ü3-Kinder im Umfang von 6.447 Plätzen und für U3-Kinder im Umfang von 2.162 Plätzen in KiBiz-geförderten Kindertageseinrichtungen zu beschließen,
2. zur Abdeckung unvorhergesehener Bedarfe die Anmeldung einer „Not-KiTa“ zur Landesförderung mit insgesamt 100 Plätzen (60 in Gruppenform III c und 40 in Gruppenform I c) in Trägerschaft eines „anderen Trägers“ zu beschließen, sowie
3. ein Angebot von 700 Betreuungsplätzen in Kindertagespflege zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Anlage 1 PPP_KJA_KBPL 2025-2026
Anlage 2 Neue Anl. zur KEPL_Aktualisierte Übersicht plusKiTas

**Zu 5 Kita Preusweg 158 – Trägeranteilübernahme für die 3. Gruppe
ungeändert beschlossen
FB 45/0665/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beschließt vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushalts 2025 und der Aufnahme in die Kindertagesstättenbedarfsplanung 2025/2026 die Übernahme des Trägeranteils der Kindpauschalen (7,8 %) für die neu geschaffenen Plätze in der Kita Preusweg 158 entsprechend der im Rahmen der Bedarfsplanung gemeldeten Plätze ab dem KiTa-Jahr 2025/2026 und damit die Gewährung eines freiwilligen Zuschusses der Stadt Aachen in Höhe von ca. 21.800 €/KiTa-Jahr (zzgl. jährlicher Indexierung).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 6 Eingangsbereich der städtischen KiTa Passstraße 123 (Farwickpark), Antrag der Fraktion FDP
vom 18.11.2024
zur Kenntnis genommen
FB 45/0668/WP18**

Frau Haring erläutert, dass sie den Antrag im November 2024 eingereicht habe vor dem Hintergrund mehrerer Elternbeschwerden. Zum einen sei die Zuwegung zur KiTa nicht ausreichend befestigt, sodass Eltern und Kinder immer wieder durch Schlamm treten müssten. Zum anderen sei der Fußweg zu spärlich beleuchtet. Insbesondere in den Wintermonaten löse dies ein beunruhigendes Gefühl aus. Sie schlägt vor, als Kompromiss Lampen mit Bewegungsmeldern zu installieren, die bei ausreichenden Lichtverhältnissen nicht anschlagen würden.

Frau Vallot bekräftigt die Ausführungen von Frau Haring und regt die Prüfung von Lampen an, welche die Tier- und Pflanzenwelt nicht negativ beeinflussen würden.

Herr Tillmanns schließt sich den Aussagen der Vorlage an und könne diesen folgen. Darüber hinaus würden die Themen Beleuchtung und Parkkonzept nicht in die Zuständigkeit des KJA, sondern vielmehr des AUK (Ausschuss für Umwelt und Klima) fallen.

Frau Scheidt weist darauf hin, dass es sich bei der Einrichtung um eine schöne und vor ein paar Jahren neu gebaute KiTa in einer exklusiven Lage, nämlich einem denkmalgeschützten Park, handele. Der Besuch dieser KiTa stelle ihrer Ansicht nach ein Privileg dar, für welches die schwächere Beleuchtung durchaus als Kompromiss in Kauf genommen werden könne. Sie hoffe darauf, dass hier nochmals vermittelt werden könnte.

Frau Haring betont die erhöhte Sensibilität der Eltern, insbesondere nach den jüngsten Ereignissen, beispielsweise in Aschaffenburg.

Frau Schmitt-Promny mahnt, im Rahmen der Argumentation Grenzen zu wahren und die Ereignisse in Aschaffenburg nicht in eine Diskussion um Beleuchtung für den Eingangsbereich einer KiTa einfließen zu lassen. Es gebe einen beleuchteten Eingang, insofern könne nicht die Rede davon sein, dass der Bereich unbeleuchtet sei. An anderen Standorten müssten Eltern mit ihren Kindern größere Straßen überqueren, um die KiTa zu erreichen. Sie bittet daher darum, in diesem Fall angemessen zu reagieren.

Frau van der Meulen unterstützt Frau Schmitt-Promny. Auch sie könne die Argumentation der Verwaltung nachvollziehen, insbesondere mit Blick auf die ökologischen Aspekte. Sie gehe davon aus, dass sich die Verwaltung intensiv mit allen Optionen befasst habe.

Beschluss:

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 7 § 48 KiBiz Zuschuss zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten für die KiTa Hander Weg 97
(dreieins Innovative Pädagogik gGmbH), KiTa Schillerstraße 85 (Spielburg e. V.), KiTa Kau-
bendenstraße 18 (educare Bildungskindertagesstätten gGmbH)
ungeändert beschlossen
FB 45/0667/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Er beauftragt die Verwaltung, entsprechend den Erläuterungen zur Vorlage die Angebote gemäß § 48 KiBiz
der dreieins Innovative Pädagogik gGmbH mit insgesamt 20.800,00 Euro,
des Spielburg e. V. mit insgesamt 15.268,40 Euro,
der educare Bildungskindertagesstätten gGmbH mit insgesamt 97.269,33 Euro,
jeweils im Kindergartenjahr 2024/2025 im Rahmen der verfügbaren Mittel und vorbehaltlich der Rechts-
kraft des Haushalts 2025 zu fördern.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

Frau Traeger informiert den Ausschuss darüber, dass von Seiten des Landes NRW zunächst keine neuen Kontingente für Familienzentren ausgegeben würden, sondern lediglich die bereits bestehenden Kontingente zur Verfügung stünden. Hiermit solle die Qualität vor die Quantität gestellt werden. Das letzte verfügbare Kontingent habe der Ausschuss in seiner Sitzung am 04.02.2025 der KiTa Schleswigstraße zugeteilt.

Hilde Scheidt
Ausschussvorsitzende

Melanie Olbertz
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

